

Gewerkschaften und Produktivität

Produktivität und nochmals Produktivität! So wird die Trommel gerührt, um Öffentlichkeit und Arbeiterschaft in den Bann eines verheißungsvollen und vieldeutigen Schlagwortes zu ziehen. Hierbei wird von vielen Seiten ein erstaunlich aufgeschlossener Propagandafeldzug geführt. Daß Regierungen, Unternehmerschaft und Gewerkschaften gleichmäßig an den wirtschaftlichen Vorteilen einer Produktivitätssteigerung dringend interessiert sind und ihren Leuten die Bedeutung dieses Problems nahezubringen versuchen, ist leicht verständlich. Produktivität ist im modernen wirtschaftlichen Existenzkampf eine Lebensnotwendigkeit, ein Wettlauf um die Konkurrenzfähigkeit, sie ist aber keinesfalls ebenso selbstverständlich, und nie ohne eigenen Einsatz der Arbeiterschaft, ein Wettlauf um sozialen Fortschritt.

Mißtrauen ist daher am Platz, wenn allerseits mit verdächtig und geradezu leichtfertig anmutender Bereitschaft und Überzeugung erklärt wird, Produktivität und Wohlstand seien ein und dasselbe Wort. Man vergißt, daß dieses aus den Vereinigten Staaten stammende Schlagwort auch in Amerika nur dank dem Bestehen überaus starker und gerade auf diesem Gebiet aktiver Gewerkschaftsorganisationen Wirklichkeit werden konnte. Führende Unternehmer und deren Vertreter in maßgebenden nationalen und internationalen Produktivitätsorganen überbieten sich oft in ihren Versicherungen der Öffentlichkeit und den Gewerkschaften gegenüber, daß sie sich für erhöhte Produktivität einsetzen, weil sie die Lebenshaltung der Bevölkerung in den europäischen Ländern erhöhen wollen. Der Propagandaeifer geht so weit, daß Unternehmervetreter dies eine Ziel als höheren ethischen Beweggrund ihrer industriellen Tätigkeit hinstellen — als eine plötzlich von ihnen entdeckte Lebensaufgabe.

Unter Produktivität versteht man das Verhältnis zwischen Leistung und Aufwand oder — ins Wirtschaftliche übertragen — das Verhältnis zwischen Ertrag und Kosten. Eine Steigerung der Produktivität bedeutet demnach, daß bei gleichen Kosten ein höherer Ertrag oder bei geringeren Kosten der gleiche Ertrag erzielt wird. Über den Bemühungen um die Produktivitätssteigerung dürfen wir jedoch nicht vergessen, daß Wirtschaften nicht Selbstzweck ist, sondern zum Ziel hat, die mit Kopf- und Handarbeit aller geschaffenen Mittel derart in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, daß der Bedarf aller Menschen möglichst angemessen und in gerechter Weise gedeckt wird.

Dies ist aber nicht der Vorgang, der sich ohne weiteres im kapitalistischen Wirtschaftssystem abspielt. Dieses System baute sich in den Anfängen der Industrialisierung auf zwei Maximen auf, die sich zugleich komplettierten und kompensierten, aber im Grunde seit jeher zueinander in wahren Widerspruch stehen: Das Profitstreben und die Konkurrenz. Der Lockvogel Profit führte zur rücksichtslosen Konkurrenz. Dieser Kampf um den Absatz bedrohte den Profit mehr und mehr und brachte dem Kapitalisten ein unangenehmes Risiko. Dieser zwiespältige Kapitalismus in den Anfängen der Industrialisierung konnte sich unmöglich halten und führte unweigerlich und unter großen menschlichen Entbehrungen und Not zur Einschränkung des Konkurrenzfaktors zugunsten eines höheren, relativ gesicherten Profits; es entstand ein Monopolkapitalismus.

Neue Krisen entstanden innerhalb dieses monopolistischen Systems auf höherer Stufe. Man bediente sich der technischen Entwicklung auf kurzfristige und denkbar schlechte Weise und im alleinigen Profitinteresse, oder man wollte sie gar übersehen (britischer Bergbau), was mit zu tiefgreifenden Erschütterungen der Weltwirtschaft führte. Um die Profite zu konsolidieren und die Risiken auszuschalten, brauchte und mißbrauchte man die Hilfe des Staates, den man ja politisch beherrschte. Sosehr auch heute gewisse Unternehmerkreise gegen demokratische und soziale Planung des Staates sind, so haben sie doch, in Wort und Tat, seit einem Jahrhundert staatliche Eingriffe im Privatinteresse der

besitzenden Klasse befürwortet, so daß der Staat unrentable Privatinitiative schützen und oft für ihre Verluste bezahlen mußte.

Es ist nun einmal nicht dasselbe, wenn zwei das gleiche tun. Nichts als Propaganda ist es daher, wenn man die alte kapitalistische „Planung“ des von Privatinteressen verwalteten Staates als Beispiel benutzt, um die neuzeitliche demokratische Planung für das Gemeinwohl des Volkes zu diskreditieren. Solche demagogische Tricks sind um so gefährlicher, als beide Arten von Planung heute noch nebeneinander bestehen und von vielen Menschen nur schwer unterschieden werden können.

Wie oft werden doch verfehlte staatliche Eingriffe in wirtschaftlich und sozial rückständigen europäischen Ländern als Argument gegen eine demokratische staatliche Planung in ganz Europa angeführt, obschon dies heißt, einen Schubkarren mit einem modernen Auto zu vergleichen, und nicht verleugnet werden kann, daß gerade der Grund des fortwährenden wirtschaftlichen Fiaskos zum Beispiel in Frankreich in dessen Kapitalismus liegt, der seit Jahrzehnten eine absurde Politik des staatlichen Wirtschaftsprotektionismus betreibt und damit die krassesten Widersprüche der kapitalistischen Ideologie aufzeigt.

Es ist der Glaubenssatz der kapitalistischen Theorie, daß der Ansporn der Privatinitiative, der im Profitstreben liege, der Motor der Wirtschaft sei. Hat nicht das kapitalistische System in Europa bewiesen, daß hohe Profite, ohne durch starke Arbeiterbewegungen erkämpften sozialen Fortschritt, im Gegenteil zum Konservatismus und zur Stagnation der Wirtschaft führen? Und zeigen nicht Länder mit stark organisierten Arbeiterbewegungen, die ihre Wirtschaft durch staatliche, demokratische Planung gelenkt haben, wie Großbritannien, Holland und die skandinavischen Länder, daß der gemeinsame Wille zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau einer sicheren Zukunft die wahre und gesunde Antriebskraft einer expandierenden Volkswirtschaft ist?

Und doch ist das Gerede über die Produktivitätssteigerung keine Platitude. Es ist gerade das ungewollte Eingeständnis dessen, daß das heutige Wirtschaftssystem mehr denn je von den Vorstellungen der Klassiker des Liberalismus abweicht, daß die Konkurrenz und ihre Wirkung durch Kartelle, Trusts, kartellähnliche Verbände und staatliche Maßnahmen, wie Schutzzoll, Patentschutz, Kontingentierung, Bewilligungspflicht usw., abgeschwächt oder gar aufgehoben sind. Der Unternehmer muß daher auf Tagungen und durch intensive Propaganda immer wieder von der Devise der nationalen Produktivität neu überzeugt werden.

Dabei ist, wenn wir uns nicht zuviel optimistischer Selbsttäuschung hingeben wollen, die Devise Produktivität an Stelle des früheren Losungswortes Rationalisierung gesetzt worden. Produktivität im engeren technischen Sinn genommen ist Rationalisierung. Daran ändert nicht viel, wenn man in die Produktivitätspropaganda die Bedeutung der menschlichen Faktoren in der Industrie als Lehrstoff für die Unternehmer mit aufnimmt. Oft wird gerade auf diesem Gebiet so viel Theoretisches in einer pseudowissenschaftlichen Atmosphäre gelehrt, daß damit der Eindruck erweckt wird, Produktivität sei eine Art Zauberstab, ein radioaktives Isotop in der modernen Wirtschaft, mit denen man das heutige Wirtschaftsleben von selbst in normalem Gange halten könne, und daß die früheren Folgen der Rationalisierung als Gespenster der alten mythischen Zeit für immer gebannt seien.

Damit sei nicht bestritten, daß die Einstellung des einzelnen Menschen und mit ihm des eine große Verantwortung tragenden Unternehmers in den Fragen des Wirtschaftslebens enorm wichtig ist. Der einzelne gutgewillte Unternehmer und sein Arbeiter werden sich aber im Wirtschaftsgetriebe so machtlos wie der einzelne Bürger in der Weltpolitik vorkommen, wenn nicht durch kollektiven Einsatz die grundsätzlichen wirtschaftlichen und sozialen Fragen gelöst werden. Diese grundsätzlichen Fragen sind eng mit dem Produktivitätsproblem verbunden; sie sind sogar dessen Voraussetzung. Die Produk-

tivität muß in den Dienst dieser wirtschaftlichen Bedingungen und Zielsetzungen gestellt werden, wenn sie sich nicht das eigene Wasser abgraben, sondern der Schlüssel zum Wohlstand der freien Welt sein will.

In Anbetracht der uns auferlegten kollektiven Entscheidung spricht man mit Recht von Politik. Ob man aber diese Politik leichthin Produktivitätspolitik nennen kann, oder ob dies nicht eine gefährliche Akzentverschiebung ist, wollen wir im Folgenden erörtern.

Der Prüfstein dieser sogenannten „*Produktivitätspolitik*“ ist ein Wirtschaftsprogramm der allgemeinen Vollbeschäftigung. Alle der Produktivität zugrunde liegenden Voraussetzungen müssen die Vollbeschäftigung zum Ziel haben. Erste Voraussetzung der Produktivität ist die gerechte Verteilung der aus steigender Produktivität resultierenden Gewinne in der Form von höheren Löhnen, niederen Preisen und angemessenen Investitionen für die Modernisierung und Expansion. Diese Gewinnverteilung muß im Interesse der Vollbeschäftigung erfolgen. Lohnerhöhungen und Preissenkungen müssen der Stärkung der Kaufkraft dienen. Nur nach Maßgabe der dadurch gestärkten Kaufkraft kann die Verteilung unter dem dritten Punkt erfolgen, wobei sofort einzuräumen ist, daß die dringenden Investitionen zur Modernisierung ebenfalls der Stärkung der Kaufkraft dienen. Selbst Neuinvestitionen zur Expansion werden durch größere Massenproduktion Kostensenkungen bringen. Modernisierung und Neuinvestitionen müssen aber aus sozialpolitischer Notwendigkeit schrittweise mit der Stärkung der Kaufkraft vor sich gehen. Dabei anerkennen wir, daß in gewissen rückständigen Industriezweigen oder industriearmen Gegenden mit Grenzbetrieben Modernisierungen oder Neuinvestitionen die Priorität haben müssen. Den Produktivitätsbestrebungen in der Industrie muß eine ebenso kraftvolle Initiative für ein rationelleres und weniger kostenverteuerndes Verteilungssystem folgen. Eine rigorose Stärkung der Kaufkraft und eine expandierende Wirtschaft sind unerläßliche Voraussetzungen für die Zukunft Europas und müssen parallel verlaufen.

Ein weiteres wirtschaftspolitisches Mittel zur Stärkung der Kaufkraft ist die Erweiterung der Absatzmärkte durch die Aufhebung der Kontingentierungen und, im Rahmen einer Integrationspolitik, durch die Beseitigung der Schutzzölle leicht verwundbarer Industrien, um nach und nach zu einer europäischen Arbeitsteilung zu gelangen. Hier muß Wirtschafts- und Sozialpolitik Hand in Hand gehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine klare Unterscheidung zwischen der Industriepolitik im engeren Sinne und der Wirtschafts- und Sozialpolitik machen.

Unter *Industriepolitik* verstehe ich alle Bemühungen zur Modernisierung und zum Ausbau der Betriebe und Industriezweige. Das technische Mittel dieser Politik ist die Produktivität.

Die *Wirtschaftspolitik* beschäftigt sich hingegen allgemein mit den Problemen der Produktion, des Verbrauchs und des Handels und hat den Ausgleich dieser einzelnen Wirtschaftssektoren zum Ziel. Technischer Fortschritt, Produktivität, das Problem Kaufkraft, Bevölkerungszuwachs, neue Bedürfnisse der modernen Zivilisation, sozialer Ausgleich usw. stellen dauernde Ansprüche an die Wirtschaft und zwingen ihr das Naturgesetz einer fortwährenden Entwicklung auf. Eine Wirtschaft darf aus diesen Gründen nicht stagnieren; sie ist wie die Demokratie ein lebendes Problemgebilde. Wie diese mit jedem neuen Entscheid über sich selbst urteilt und sich ständig erneuern muß, so wird die Wirtschaft dauernd auf die Probe gestellt, inwieweit sie den ihr gestellten Ansprüchen in gerechter Weise entgegenzukommen vermag. Entweder hält eine Volkswirtschaft mit diesen Ansprüchen Schritt und entwickelt sich, das heißt sie ist in Expansion, oder sie versucht ein Naturgesetz aufzuhalten und fällt in Rückstand.

Die *Sozialpolitik* ist das Streben nach dem gerechten Ausgleich auf Grund der industriellen Möglichkeiten, der wirtschaftlichen Problemstellung, wie sie sich aus Produktion,

Verbrauch, Handelspolitik und menschlicher Entwicklung ergibt. Sozialpolitik ist vor allem das Verlangen nach Sicherheit des einzelnen, nach seinem gerechten Anteil am wirtschaftlichen Fortschritt. Die Sozialpolitik ruft nach einer Lösung des Produktivitätsproblems der Grenzbetriebe im Rahmen einer Vollbeschäftigungspolitik. Weitere wichtige soziale Forderungen sind Schutz der Gesundheit und Schutz vor Unfällen am Arbeitsplatz. So liegt es im Interesse der Sozialpolitik, daß eine fortlaufende wirtschaftliche Entwicklung erfolgt, damit Sicherheit und soziale Gerechtigkeit für den einzelnen erreicht werden können. Die kollektiven Aufgaben der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet gelten daher vor allem der Freiheit und Würdigung des einzelnen. Die Gewerkschaft ist die kollektive Selbstverteidigung des einzelnen in einer gesunden Wirtschaft für den Wohlstand aller. Dabei ist die wichtigste Zielsetzung die Vollbeschäftigung.

Wenn wir die Probleme in diesem logischen Zusammenhang sehen, so erkennen wir den richtigen Platz, den die Produktivität in einer nach den Grundsätzen der Sozialpolitik geführten Wirtschaft einnimmt. *Produktivität muß der Produktion den notwendigen Impuls geben, damit neue soziale Forderungen für die Wirtschaft tragbar sind.* Bleiben diese Forderungen unerfüllt, so erstickt die Produktivität an ihrem eigenen Reichtum.

Produktivität muß also im Rahmen einer generellen Vollbeschäftigungspolitik geführt werden. Das heißt, Produktivität kann nicht selbst eine Politik sein, sie ist vielmehr eines der wichtigsten Mittel der Beschäftigungspolitik, von der die entscheidenden Richtlinien auszugehen haben.

Nach diesen etwas weitläufigen grundsätzlichen Darlegungen können wir nun auf die einleitende kritische Stellungnahme zu den Erklärungen von Unternehmerseite zurückkommen, die Produktivität sei allgemein der Bürge für Wohlstand, und das letztere sei der Beweggrund des modernen Unternehmertums für seine aufgeschlossene Sozialpolitik, der gegenüber der einzelne Arbeiter volles Vertrauen haben könne. Wir glauben nicht daran, weil man mit dem Wort Produktivität nicht alles überspringen kann, um gleich ein anderes großes Wort, Wohlstand, in den Mund zu nehmen. Auf dem Gebiet der Vollbeschäftigungspolitik sind nämlich die meisten Unternehmer anderer Meinung. Daher bekennen sie sich auch nicht zu den der Produktivität zugrunde liegenden Richtlinien. Sie propagieren die Produktivität als ein Mittel, das ihnen besonders am Herzen liegt und das irgendwie im neuen kapitalistischen System ins Spiel kommen muß, ohne sie zu verpflichten. Wir werden den Unternehmern und den Regierungen glauben, sobald sie sich, neben den Produktivitätszentralen und den massenhaft lancierten Produktivitätsstudien, mit gleichem Elan und Kostenaufwand für die „moralische“ Erziehung zur Vollbeschäftigungspolitik und für die praktische Verfolgung dieser Politik einsetzen.

Die Unternehmer benützen ihre Wohlstandspropaganda zu eigenen Zwecken ihrer Produktivitätspolitik. Sie versuchen überall die Gewerkschaften auszuschalten. Das war zu Beginn des Produktivitätsfeldzuges mit Hilfe der *Moody Fonds* der Fall, und es wird täglich in einzelnen Betrieben versucht, wo man den Arbeiter als freies Individuum zu behandeln vorgibt, dessen persönliche Würde nur außerhalb des Kollektivs gesichert sei. Man schlägt mit moderner Betriebspsychologie um sich, wobei man Theorien der menschlichen Beziehungen (human factors) gegen industrielle Beziehungen mit den Gewerkschaften auszuspielen versucht. Man zahlt Produktivitätsprämien, die in keinem Arbeitsvertrag definitiv verankert sind und die man daher jederzeit wieder abbauen kann, um die Rolle der Gewerkschaften als überflüssig hinzustellen.

Der schlagendste Beweis aber, daß die Unternehmer ihre eigene Produktivitätspolitik betreiben wollen, ohne Rücksicht auf eine Vollbeschäftigungspolitik, liegt in ihrem Widerstand gegenüber beratenden Wirtschaftsorganen auf regionaler und nationaler Ebene, die für eine soziale Produktivitätsplanung unerlässlich sind.

Vielerorts geht der heutige Kampf der Unternehmer gegen die Gewerkschaften darum, sich ein „Sozialmonopol“ zu schaffen, das es im Fall einer Krise erleichtert, durch sofortigen Abbau der Löhne und Sozialleistungen die Konkurrenzfähigkeit auf Kosten des Arbeiters zu behaupten.

Die freien Gewerkschaften haben aus der vom Unternehmertum betriebenen Produktivitätspolitik entscheidende Schlußfolgerungen zu ziehen. In erster Linie müssen sie sich bewußt sein, daß die Produktivität eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, der wir uns nicht entziehen können. Sie ist bei dem heutigen Industrietempo und dem mächtig fortschreitenden Wirtschaftsprozess der freien Welt nicht aufzuhalten. Sie erfolgt entweder mit uns oder gegen uns. Es wäre eine Verneinung unserer eigenen Grundsätze einer generellen Vollbeschäftigungspolitik, wenn wir sie ohne eine *soziale Produktivität* führen wollten. Soziale Produktivität ist auch eine politische Notwendigkeit zur inneren und äußeren Stärkung der freien Welt vor der Gefahr des kommunistischen Imperialismus. Die Produktivität rüttelt den heutigen, von sozialen Reformen schon weitgehend umgestalteten Kapitalismus auf und bringt die Überreste des alten protektionistischen Regimes zu Fall. Sie verlangt eine leistungsfähige Industrie und stellt die Wirtschaft unter ständige Bewährung. Die Gewerkschaften müssen sich in diesen Prozeß einzuschalten wissen. Denn soziale Produktivität setzt die Wirtschaftsdemokratie voraus. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, die Unternehmer und Regierungen zeitig genug zu dieser Einsicht zu bringen, bevor diese mangels genügender Kaufkraft den wirtschaftlichen Zusammensturz einer exklusiven Produktivitätspolitik herbeigeführt haben. Allein die demokratische Auseinandersetzung zwischen beiden Sozialpartnern in allen Industrie- und Wirtschaftsgremien steuert den Risiken einer einseitigen Unternehmerpolitik.

Wirtschaftlich gesehen befindet sich die Gewerkschaftsbewegung vor der Alternative einer Möglichkeit und einer Gewißheit. Die *Möglichkeit* besteht darin, daß wir infolge einer überstürzten Produktivitätssteigerung vorübergehend eine technologische Arbeitslosigkeit bekommen, die durch Planung zu überwinden ist. Arbeitskräfte müssen umgeschult und die Arbeitszeit muß bei gleichen Lohnbedingungen gekürzt werden. Die *Gewißheit* aber ist die, daß wir ohne eine steigende Produktivität unrationell und zu teuer produzieren, die europäische Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig machen und uns so in eine strukturelle, dauernde Arbeitslosigkeit hineinmanövrieren.

Die wichtigste Schlußfolgerung scheint mir daher zu sein, *daß wir starke, kampfbeseelte freie Gewerkschaftsorganisationen aufbauen, die ein ebenso kämpferisches Interesse an Produktivitätsfragen haben wie vor Jahrzehnten an ihrem Ringen um minimale Lebensbedingungen.*

Die freien Gewerkschaften müssen alles daran setzen, um den Kampf um die Produktivitätssteigerung und die daraus resultierenden Gewinne über Kollektivverhandlungen zu führen, um die Arbeiterschaft in vertraglich festgesetzten Bedingungen an diesen Gewinnen zu beteiligen und konstante Verbesserungen ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Die amerikanischen Gewerkschaften gehen auf diesem Weg voran.

Hier handelt es sich auch um einen positiven menschlichen Faktor: Die Arbeiter werden nur dort geachtet, verstanden und gewürdigt in einem ehrlichen Verhältnis zu ihrem Arbeitgeber, wo sie gleichzeitig als Kollektivmacht anerkannt werden und wo mit ihrer Gewerkschaft auf gleicher Ebene verhandelt wird.

Die gewerkschaftliche Bildung und Schulung ist im Zusammenhang mit Kollektivvertragsverhandlungen eminent wichtig. Auf Grund der Erfahrungen in der Industrie müssen sich die Gewerkschaftsvertreter umfassende Kenntnisse über moderne Produktions- und Betriebsleitungsmethoden und vor allem über die Kosten- und Produktivitätsberechnung aneignen. Erforderlich sind eigene Produktivitätstechniker als Berater bei den

Verhandlungen mit den Unternehmern. Dabei zeigt sich, daß es einfacher ist, aus einem Gewerkschafter einen Produktionstechniker als aus einem außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehenden Techniker einen Gewerkschafter zu machen, der tatsächlich seiner Aufgabe gewachsen ist.

In kurzer Zusammenfassung sei Folgendes betont: Die neuzeitliche industrielle und wirtschaftliche Entwicklung muß von einer modernen, starken, vor allem technisch und wirtschaftlich gutgeschulten und mit frischen Impulsen durchdrängten Gewerkschaftsbewegung beeinflußt werden. Nur so können wir unseren Aufgaben in der Zukunft gerecht werden.

Es würde — nachdem wir die grundsätzliche Stellungnahme der Gewerkschaften zur Produktivität aufgezeigt haben — natürlich zu weit führen, im einzelnen auf die praktische Rolle der freien Gewerkschaften in den europäischen Ländern einzugehen. Wir wollen aber versuchen, einige charakteristische Merkmale der Haltung einiger freier Gewerkschaftsorganisationen, zur Produktivität anzuführen. Die Unternehmer stellen in einer ganzen Reihe von Ländern die gleichen politischen Überlegungen an, nur daß sie je nach Verhältnissen und Umständen eines Landes ihre eigene Taktik zur Verfolgung des nämlichen Zieles einschlagen. Eine generelle Gruppierung in drei Arten von Unternehmern kann vorweggenommen werden: Das Unternehmertum in England, Holland und den skandinavischen Ländern; dasjenige in Belgien, Österreich, Deutschland und Frankreich, und schließlich die Unternehmer in Italien und Griechenland. Damit sind natürlich auch Unterschiede in der Stellungnahme der Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern bedingt.

Die Gewerkschaften in Italien und Griechenland sehen sich noch Unternehmern gegenüber, die sich wie zur feudalistischen Zeit als absolute Alleinherrscher betrachten. In *Griechenland* kommt hinzu, daß reaktionäre Regierungen die Gewerkschaftsbewegung eigentlich als ein staatliches Instrument verstehen, über das sie die Arbeiterschaft kontrollieren. Daß diese diktatorische Geisteshaltung heute noch in der Regierung lebendig ist, ist darauf zurückzuführen, daß der Arbeitsminister bis vor dem Krieg zugleich Generalsekretär der Gewerkschaft war und bis vor kurzem die Mitgliedsbeiträge eine Abgabe des Arbeiters an die Regierung waren. Heute hat die freie griechische Gewerkschaft erreicht, daß die Mitgliedsbeiträge über Kollektivverträge geregelt werden. Unternehmer und Regierung legen eine ausgesprochen patriarchalische Haltung an den Tag, da dem Arbeiter einige Almosen zugeworfen werden, um ihn zu beruhigen und ihn durch vorgetäuschte Zukunftshoffnungen unter einer neuen Produktivitätsreligion seine größte Not vergessen zu lassen. Im Grunde ist aber der feudale griechische Kapitalismus selber der Produktivität abgeneigt. Die Gewerkschaften stehen in einem verzweifelten Kampf um die Lösung des fundamentalen Problems einer gerechten Ertrags- und Lastenverteilung in der griechischen Wirtschaft, erst wenn hier Klarheit geschaffen ist, können sie sich mit den Spezialproblemen der Produktivität eingehend befassen.

In *Italien* arbeiten die freien Gewerkschaften mit der Regierung und den Unternehmern in einem paritätischen Ausschuß des Produktivitätszentrums formell zusammen. Aber auch hier werden die Gewerkschaften praktisch ausgeschaltet. Die Verhandlungen mit den reaktionären Unternehmern sind langwierig und hart und müssen gegen eine konstante Sabotage der kommunistischen Gewerkschaften geführt werden. Die freien italienischen Gewerkschaften benötigen vor allem gut ausgebildete Gewerkschafter in technischen Produktivitätsfragen, um die unkontrollierbaren Angaben der Unternehmer widerlegen zu können.

In *Frankreich* hat die freie Gewerkschaft Force Ouvrière vor zwei Jahren mit geringer Mehrheit einen Beschluß gefaßt, sich aus allen staatlichen Produktivitätsorganen zurückzuziehen. Dieser Beschluß wurde in den eigenen Reihen immer wieder heftig

kritisiert. Er war aus Protest gegen die von der Regierung unter dem Marshallplan fast ausschließlich zugunsten der Unternehmer betriebenen Produktivitätspolitik zustande gekommen, welche die Grundsätze gerechter Ertragsverteilung vollständig mißachtete. Obschon anerkannt wurde, daß es falsch ist, sich aus einem Prozeß auszuschalten, der nicht aufzuhalten ist und sich so nur noch mehr gegen den Arbeiter auswirkt, hielt es die Mehrheit der demokratischen Gewerkschaft für unmöglich, irgend etwas gemeinsam mit einer solchen Regierung zu tun, um der Propaganda der kommunistischen Gewerkschaft keine Angriffsfläche zu geben, da die Kommunisten behaupten könnten, die freien Gewerkschaften arbeiteten mit dem Großkapital zusammen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der kommende Kongreß der Force Ouvrière diese gewerkschaftliche Haltung revidieren wird. Im Jahre 1950 sind in Frankreich die kollektiven Lohnverhandlungen wieder freigegeben worden. Die freien Gewerkschaften werden daher alles daransetzen, Forderungen zur Beteiligung am Produktivitätsertrag über Kollektivverträge zu verwirklichen.

In *Österreich* sehen sich die Gewerkschaften ähnlichen politischen Schachzügen des Unternehmertums gegenüber wie in Westdeutschland. Um die Gewerkschaften auszuschalten, sind die Unternehmer auf die ausgefallensten Ideen hinsichtlich ihrer möglichen Partner für eine Durchführung der Produktivitätskampagne auf Betriebsebene verfallen. Man suchte sich den rechtlich und sachlich schwächsten Partner aus, den Betriebsrat, da man hoffte, mit ihm eher fertig zu werden als mit der Gewerkschaft. Das Endziel war, die Gewerkschaften lahmzulegen und gleichzeitig die Betriebsräte zu diskreditieren, damit die Handelskamarilla ihre Kredite und Subventionen an ihre politischen Freunde verteilen könnte. Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat sich aber mit Energie eingeschaltet und eine Kompromißlösung erreicht: Neben den Gewerkschaftsmitgliedern aus der Belegschaft sitzt jetzt auch ein außerbetrieblicher Vertreter der Gewerkschaften mit beratender Stimme in den Betriebsräten. Die österreichischen Gewerkschaften machen große Anstrengungen, um ihre Mitglieder auf verantwortungsvollen Posten in den Betriebsräten und in ihrer täglichen Gewerkschaftsarbeit technisch auszubilden. Die Bau- und Holzarbeiter-Gewerkschaft hat ein betriebswissenschaftliches Departement errichtet, das die Verhandlungen der Gewerkschaft über Fragen der Arbeitsbewertung, Zeit- und Bewegungsstudien usw. technisch fundiert und das Wissen über die Produktionstechnik unter den Mitgliedern verbreitet¹⁾.

In *Belgien* ist nach langwierigen Verhandlungen über die Probleme der Produktivitätssteigerung ein Abkommen mit den Unternehmern zustande gekommen, nachdem sich die Gewerkschaften zeitweise aus dem Verwaltungsrat der Belgischen Produktivitätszentrale zurückgezogen hatten. Damit wurde erreicht, daß die Unternehmer in dieses Organ endlich verantwortliche Vertreter delegierten, so daß bindende Vereinbarungen abgeschlossen werden konnten. Die Belgische Produktivitätszentrale ist heute ein Musterbeispiel paritätischer Vertretung. Die Unternehmer, der freie Gewerkschaftsbund und die christliche Gewerkschaft stellen je einen Direktor dieses Amtes. Auf gewerkschaftliche Initiative und unter gewerkschaftlicher Führung werden innerhalb dieses Amtes eingehende Studien über Produktivitätsmessung und menschliche Faktoren in belgischen Industriezweigen wie namentlich in der Schuh- und der Glasindustrie durchgeführt.

In *Holland* besteht seit Kriegsende eine enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, die bedeutende Resultate zeitigte. Gegenwärtig lassen die holländischen Gewerkschaften unter dem Moody Fonds 32 Gewerkschafter als Produktionstechniker ausbilden, die dann den Berufs- und Industrieverbänden und den drei holländischen Gewerkschaftsbünden als technische Berater zugeteilt werden.

Die *skandinavischen Länder* können hier der Kürze wegen nur mit einigen Worten erwähnt werden. In diesen Ländern wird die Produktivität gänzlich in den Rahmen der Vollbeschäftigungspolitik gestellt, nicht ohne Widerstand seitens der Unternehmer.

¹⁾ Die Verhältnisse in der Bundesrepublik, die ja den deutschen Gewerkschaftern bekannt sind, können hier unberücksichtigt bleiben.

GEWERKSCHAFTEN UND PRODUKTIVITÄT

Schweden bietet in Europa das beste Beispiel einer wohlabgewogenen gerechten Verteilung des Ertrags steigender Produktivität. In *Norwegen* führen die Gewerkschaften mit Hilfe der Arbeiterregierung ein mustergültiges Bildungsprogramm in industriellen Fragen für ihre Mitglieder durch (Training within industry). In *Dänemark* hat die Unternehmenseite im Jahre 1952 einen getarnten Gegenangriff durchführen wollen und dem Parlament einen Gesetzesentwurf über die freiwillige Gewinnbeteiligung der Arbeiter in einzelnen Industriebetrieben vorgelegt, der von den Gewerkschaften abgelehnt wurde. Die Gewerkschaften bestehen darauf, Einblick in die Buchhaltung der Unternehmen zu erhalten. Sie fordern paritätische beratende Ausschüsse zur Prüfung der Wirtschaftslage der einzelnen Industriezweige und für die Ausarbeitung von umfassenden Produktivitätsprogrammen. Diese Ausschüsse hätten dann ebenfalls Vorschläge für die Verteilung des aus der steigenden Produktivität erzielten Ertrages zu machen.

Der letzte Jahreskongreß des *Britischen Gewerkschaftsbundes* (T.U.C.) hat erneut heftige Kritik daran geübt, daß der Industrie zu viele Mittel in Form von Gewinnen entzogen werden. Diese Kritik ist um so mehr berechtigt, als sich die britische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1948 dazu entschlossen hat, eine Politik der beschränkten Lohnforderungen zu betreiben. In einigen Industrien waren die Gewerkschaften der Auffassung, daß zufriedenstellende Fortschritte in der Investitionspolitik und eine Verbesserung der Produktions- und Betriebsleitungsmethoden unmöglich sind, wenn diese Industrien nicht verstaatlicht würden. In anderen Industrien wollte man die notwendigen Bedingungen für eine Produktivitätssteigerung über ein von der Labour-Regierung erlassenes Gesetz für industrielle Organisation und Entwicklung erreichen, dem der Gedanke zugrunde lag, die Leistungsfähigkeit des Privatunternehmens durch die Bildung von paritätischen Beratungsausschüssen für industrielle Entwicklung zu steigern. Diese Bemühungen waren nicht von Erfolg gekrönt; es gibt nur vier solcher Ausschüsse. Die Unternehmer organisierten einen intensiven Widerstand. Zu einer Zeit, da ziemlich leicht Gewinne erzielt werden konnten, ließen sie weniger denn je mit sich reden. Und doch sind gerade solche Ausschüsse von äußerster Wichtigkeit, wenn man Bedingungen schaffen will, unter denen sich die Gewerkschaften aktiv an der Steigerung der Leistungsfähigkeit der Privatindustrie beteiligen können.

Kurz sind auch die von der Labour-Regierung eingesetzten Konsumentenräte als ein entscheidendes Element für die Steigerung der Produktivität zu erwähnen. Etliche britische Gewerkschaftsverbände sind zahlende Mitglieder privater Forschungsinstitute in den von ihnen organisierten Industriezweigen. Die gewerkschaftliche Beteiligung an solchen Forschungsinstituten ist um so wichtiger, als diese sich auch mit der tatsächlichen Verwendung ihrer Forschungsergebnisse in der Industrie und mit der Anordnung der Maschinen und den Arbeitsmethoden zu befassen haben. Der Gewerkschaftsbund ist auch Gründungsmitglied des Britischen Instituts für Betriebsleiter. Daraus erwachsen den Gewerkschaften eigene Vorteile auf dem Gebiet der technischen Ausbildung ihrer Leute, aber das Hauptziel ist, innerhalb der Unternehmerschaft der Unkenntnis über die Gewerkschaften und die gewerkschaftlichen Ziele abzuwehren. Schließlich ist als weiteres Charakteristikum der Einstellung der britischen Gewerkschaften zum Produktivitätsproblem ihre rege Bildungstätigkeit zu nennen.

Diese fragmentarische Übersicht sollte einen Einblick in praktische Probleme der freien nationalen Gewerkschaftsbewegungen in Europa geben. Ein reger Austausch gewerkschaftlicher Erfahrungen, Richtlinien und Methoden in bezug auf die Produktivität ist eine der Aufgaben der Europäischen Regional-Organisation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften. Er soll den freien Gewerkschaften überall eine Unterstützung sein bei der Verwirklichung ihrer Forderungen nach Vollbeschäftigung, gerechter Ertragsverteilung und Mitbestimmung.